



**B B B** 2

#### Liebe Leserin, lieber Leser!

olitik goes häppi teita: Neben den beiden Kanzlerkandidaten gibt's jetzt obendrauf den Spaßkanzler Westerwelle - und das alles zum gleichen Preis. Wer da nicht aus dem Fenster springt, ist selber schuld. Im Ernst, was die FDP der staunenden Öffentlichkeit in der letzten Zeit zumutet, ist schon vom Feinsten. Da werden im Wahlprogramm mal eben insbesondere für die Spitzenverdiener die Steuern radikal heruntergefahren. Und kein Wort dazu, wie das finanziert werden soll.

Obwohl man es sich ja schon denken kann. Denn die Sprechblasen von mehr Eigenverantwortung und der bösen Bevormundung durch den Staat heißen immer eins: Kürzungen im Sozialbereich. Derweil setzt Jürgen W. Möllemann mit seinen 18 Wählern zum Sinkflug auf den rechtsdeutschen Stammtisch an, und Guido Westerwelle bekennt sich nachdrücklich zur Spaßgesellschaft. Das läuft ganz nach dem Motto: Eine Partei dreht durch, drehen Sie mit! Das kommt an. Spontan hat sich eine große Zahl von SpaßBürgern gemeldet, die Möllemann beim Fallschirmpacken helfen wollten . . .

Nein, mit diesen Leuten ist kein Staat zu machen, das müssen wir schon selber regeln. Und dafür gibt es diese vielen kleinen und großen Medien, die Menschen auch dann als Menschen sehen, wenn sie weniger als 50.000,- Euro jährlich haben. Medien wie das, das Sie gerade in Ihren Händen halten.

Viel Spaß beim Lesen!

Nobel Attermeyer

SEITE

#### **4** ZUM LEBEN ZU WENIG

Urlaub für Arbeitslose Arbeitsförderung: Nein danke!

6 VOR ORT

Wohin in Kinderhaus?

#### **■ 10 WIDERSTAND MACHT SPASS**

Die graswurzelrevolution: Trau einer über dreißig!

#### **12 EINSPRUCH - STATTGEGEBEN**

Alles, was Recht ist, und Anwalttip

#### **14 SOZIALAGENTUR**

Hilfe ist mehr als Sozialhilfe.

#### **16 PLEITE IN MÜNSTER**

Wie soll es weitergehen, wenn's nicht weitergeht?

#### **17 GEMEINSAM**

Gemeinsam ... werden wir größer!

#### **18 FRAUEN** (UND MÄNNER)

Jetzt steht es schwarz auf weiß: Frauen werden bei Beruf und Einkommen strukturell benachteiligt.

Anrechnung des Kindergeldes als Einkommen

#### **20 BÜRGER ENTSCHEIDEN**

Stadtwerkeverkauf im Zeichen der Globalisierung

#### **■ 22 ENTSCHULDUNG**

Sisyphosarbeit am Schuldenberg?

#### **23 IHRE MEINUNG**

LeserInnenbriefe an die Redaktion





Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und Ihren Angehörigen

#### Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr mittwochs 14.30 bis 17 Uhr donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr und nach Vereinbarung

48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative im Stadtteil Kinderhaus, die umfassende soziale Begleitung und Beratung anbietet und dabei eng mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet.



#### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e. V. Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121 Telefax: (0251) 47914 E-Mail: sperre@muenster.de

abm@muenster.de Internet: www.muenster.org/sperre

#### Redaktion:

Heiner König (hk), Ralf Tieck (tie), Arnold Voskamp (avo), Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

#### Mitarbeit:

Wilhelm Achelpöhler, Anne Neugebauer, Stefan Rißmann (sr), Uli Wieners

Design, Layout, Satz: Volker Hehn, Michael Weist, Stefan Rißmann

#### Titel:

Volker Hehn (Collage) Heiner König (Fotos)

Web-Design: Stefan Rißmann

Anzeigen, Spenden: Michael Weist

Bankverbindung/Spendenkonto: Sparkasse Münster BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Produktionsberatung: Navigator Ateliergemeinschaft Ulrich Ruhe Druck: Druckhaus Lensing

Auflage: 4.000

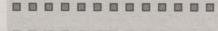
Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement, Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Juli 2002): 5. Juli 2002

Redaktionsschluß: 17. Juni 2002 Anzeigenredaktionsschluß: 21. Juni 2002



#### Urlaub für Arbeitslose

rbeitslose müssen den Vorschlägen des Arbeitsamtes zeit- und ortsnah Folge leisten können, so fordert es das Gesetz. Wer nicht an jedem Werktag persönlich an seinem Wohnsitz erreichbar ist, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Wie sieht es dann mit Urlaub aus? Dürfen Arbeitslose wegfahren?

Ja, das Arbeitsamt kennt verschiedene Ausnahmen von dieser Regel. Man muß aber einige Bedingungen beachten. Dazu gehört in jedem Fall, vorher die Abwesenheit mit dem Arbeitsvermittler zu besprechen und sich nach der Rückkehr zurückzumelden. Wenn sich die Rückkehr, zum Beispiel wegen Krankheit oder Ausfall des Fluges, über den verabredeten Zeitpunkt hinaus verzögert, muß man sich den Grund bescheinigen lassen und so früh wie möglich dem Arbeitsamt Bescheid geben.

In jedem Kalenderjahr darf ein Arbeitsloser drei Wochen wegfahren und dennoch Arbeitslosenunterstützung beziehen. Das Arbeitsamt muß zugestimmt haben. Die berufliche Eingliederung darf nicht beeinträchtigt werden - dazu gehören Arbeitsangebote und Maßnahmen des Arbeitsamtes. In den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit braucht man besonders stichhaltige Gründe für die Zustimmung des Arbeitsamtes, denn dann gilt man als besonders gut vermittelbar. Solche Gründe können die Schulferien der Kinder sein, die begrenzten Urlaubszeiten des Partners oder andere Gründe, die den Arbeitsvermittler überzeugen können. Der Arbeitsvermittler muß die geäußerten Wünsche und Bedingungen des Arbeitslosen berücksichtigen. Was kaum jemand weiß: Neben diesem dreiwöchigen Erholungsurlaub sind weitere Anlässe für eine Abwesenheit akzeptabel. So kann das Arbeitsamt eine Arbeitslose von ihrer täglichen Erreichbarkeit befreien, wenn ihr eine Kur ärztlich verordnet wird.

Auch ein *Bildungsurlaub* ist möglich: Wer seine Tagungsadresse im Arbeitsamt hinterlegt und seine Bereitschaft zur sofortigen Abreise zwecks Arbeitsaufnahme erklärt, kann sich für eine gewerkschaftliche, kirchliche, staatspolitische oder ähnliche Veranstaltung freistellen lassen. Es gibt auch *unbezahlten Urlaub*: Bis zu drei Wochen kann man zusätzlich zum normalen, bezahlten Urlaub bekommen. Allerdings gibt es in diesen zweiten drei Wochen weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Man braucht jedoch bei der Rückmeldung keinen neuen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung zu stellen.

Völlig unbekannt ist den meisten Arbeitslosen der Aufenthalt im sogenannten zeit- und ortsnahen Bereich. Als Nahbereich gilt der Raum von 2 Stunden für Hin- und Rückfahrt rund um das Arbeitsamt. Voraussetzung ist, daß man diesen Aufenthalt angemeldet und die Adresse im Arbeitsamt hinterlegt hat. Man kann dann weiterhin umgehend das Arbeitsamt aufsuchen oder ein Arbeitsangebot annehmen. Diese Möglichkeit können Arbeitslose nutzen, um beispielsweise den Vater während seiner Krankheit nachts nicht in seiner Wohnung alleinzulassen oder um der Mutter während ihres Urlaubs das Haus zu hüten.

Wer als Arbeitsloser keine oder zu geringe Leistungen vom Arbeitsamt erhält und deshalb auf Sozialhilfe angewiesen ist, hat die *viel engeren Regeln des Sozialamtes* zu beachten. Da fällt der Urlaub meist flach. (Siehe auch die Diskussion um die Anpassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.)

#### Arbeitsförderung: Nein dankel

Ver Arbeitslosenhilfe bezieht, soll die Orientierung auf den Arbeitsmarkt und auf den Erwerb eines Einkommens behalten. Das war ein wichtiger Anlaß, als die Arbeitslosenhilfe in den 20er-Jahren zusätzlich zum Arbeitslosengeld eingeführt wurde. Nun wird die Arbeitslosenhilfe scheibchenweise wieder abgeschafft - und damit eben auch die Orientierung auf das Arbeitsleben, wenn die Arbeitslosigkeit nicht innerhalb des Bezuges von Arbeitslosengeld beendet ist.

Wenn Arbeitslose oder ihre Partner Vermögen besitzen oder Einkommen beziehen, das eine bestimmte Grenze übersteigt, dann gelten sie nicht mehr als bedürftig und erhalten keine Arbeitslosenhilfe. Seit Anfang 2002 wird nach neuen Regeln geprüft, ob Erwerbslose bedürftig sind und Arbeitslosenhilfe brauchen (die SPERRE berichtete zum Thema in den Ausgaben 2, 3, 4 und 5/2002). Spezielle Neuregelungen nehmen jedoch eher den Mut zur Arbeitsaufnahme, zur Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit oder zur beruflichen Qualifizierung, als daß sie dazu aktivieren. Dazu drei Beispiele:



Karin plant eine Existenzgründung

Wer sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig machen will, der konnte in der Vergangenheit Arbeitslosenhilfe beziehen, ohne daß das für die Existenzgründung notwendige Vermögen angetastet wurde. Karin, eine 32-jährige, arbeitslose Grafikerin, hatte 20.000 Mark auf dem Sparbuch, damit wollte sie Anlagen, Einrichtung und sonstige Aufwendungen im Zusammenhang mit der Existenzgründung bezahlen. Daneben hatten ihre Eltern ihr eine Lebensversicherung bezahlt, diese hatte aktuell einen Rückkaufwert von 30.000 Mark. Das Arbeitsamt gestand Karin eine Altersvorsorge von 1.000 Mark pro Lebensjahr zu, die Mittel für die Existenzgründung waren ebenfalls frei. Sie erhielt also Arbeitslosenhilfe. Nach den neuen Regeln dagegen sind insgesamt an Vermögen 520 Euro (=1.000 Mark) pro vollendetem Lebensjahr frei. Für Sonderzwecke wie Zusatz-Altersversorgung oder Existenzgründung gibt es keine weiteren Freibeträge. Schon mit der Lebensversicherung liegt sie jetzt knapp unter der Freibetragsgrenze. Auf dem Sparbuch sind knapp 9.000 Euro zuviel. So lange, wie Karin ihre neue Firma noch nicht gegründet hat und über das Geld noch verfügen kann, erhält sie keinerlei Arbeitslosenhilfe. Wenn sie weiterhin keine Arbeit findet, sollte Karin entweder Hals über Kopf das Unternehmen gründen oder aber auf ihre Existenzgründungspläne verzichten und die 9.000 Euro schnell verjubeln.

#### Klaus bedroht die Firma seiner Frau

Klaus ist 48 Jahre alt, Elektriker und abgesehen von einzelnen Zwischenbeschäftigungen schon länger arbeitslos. Demnächst hat er sein Arbeitslosengeld verbraucht. Klaus hat in Bausparverträgen vorgesorgt, aktuell liegen bei der Bausparkasse 20.000 Euro. Seine Frau Gabi ist Augenoptikerin und 42 Jahre alt. Sie hatte von ihrem Vater den kleinen Laden übernommen. Geräte und Einrichtung sind, abzüglich der Kredite, etwa 20.000 Euro wert. Der Laden er-



nährt sie mehr schlecht als recht. Sie hat statt der gesetzlichen Rentenversicherung nur freiwillig in eine Lebensversicherung eingezahlt. Deren aktueller Wert beträgt 50.000 Euro. Bis Ende 2001 hatte Klaus die Möglichkeit, Arbeitslosenhilfe zu erhalten, denn seine Zusatzvorsorge lag unter 1.000 Mark je Lebensjahr; die Arbeitsmittel seiner selbständigen Partnerin wurden nicht angetastet, ebenso wurde ihr ein deutlich höherer Bedarf zur Altersvorsorge zugestanden.

Seit dem Beginn des Jahres 2002 hat Gabi keine besonderen Freibeträge mehr für ihr Betriebsvermögen oder für eine Altersvorsorge ohne gesetzlichen Rentenanspruch. Sie haben also zusammen: 48 (Jahre) + 42 (Jahre) = 90 x 520 Euro = 46.800 Euro Freibetrag an Vermögen. Sie besitzen jedoch alles in allem 90.000 Euro. Also gibt's keine Arbeitslosenhilfe. Klaus kann nun nur noch sagen: Liebe Gabi, du mußt auch meinen Lebensunterhalt aus dem Laden herausholen, oder wir müssen uns trennen.

#### Erwin kann die Ausbildung der Tochter nicht mehr bezahlen.

Erwin ist Tischler. In den letzten Jahren war der Wurm drin. Sein dritter Arbeitgeber hatte zugemacht, Erwin findet keine Arbeit, das Arbeitslosengeld ist fast vorbei. Seine Frau Sabine bringt als Masseurin 1.000 Euro nach Hause, zusammen mit dem Arbeitslosengeld von 700 Euro reicht es, auch wenn die Krankengymnastikschule von Tochter Anna 400 Euro im Monat kostet. Arbeitslosenhilfe im Anschluß hätte er bis Ende 2001 ungekürzt erhalten, etwa 1.200 Mark im Monat. Sabines Einkommen wäre nicht zu hoch gewesen, die Ausbildungskosten der Tochter konnten bis dahin als Sonderbelastung akzeptiert werden. Ab 2002 zahlt das Arbeitsamt an Erwin nur noch 300 Euro Arbeitslosenhilfe, denn Ausbildungskosten von Angehörigen gelten nun nicht mehr als besondere Belastung. Die 400 Euro Schulkosten belasten die Familie bei 1.300 Euro Einkommen ganz ordentlich. Wenn nun noch irgendetwas quer kommt, dann sagen sich Erwin, Sabine und Tochter Anna: "In der Boutique 'No Pasaran' suchen sie gerade junge Leute zum Verkaufen. Vielleicht ist das doch besser als eine lange, teure Ausbildung auf Pump."

Fazit: Man könnte sich nun wünschen, daß solche Beispiele von der Arbeitsmarktpolitik verstanden werden und alsbald eine Verbesserung herbeigeführt wird. Realistisch ist jedoch eher das Gegenteil. Im Moment bewegt sich bei der Arbeitsförderung außer heißer Luft (Vermittlungsgutscheine oder Kombilohn) fast gar nichts mehr. Weitere Einschränkungen bei den Arbeitslosen sind wahrscheinlich. Wie das dann genau aussehen wird, ist noch unklar. Man darf erwarten, daß den Herrschaften mit den guten Einkommen eher noch weitere Entmutigungen und Schikanen einfallen, als daß sie sich auf die hier geäußerten Zweifel einlassen.

#### Karin Piene Rechtsanwältin

Tätigkeitsschwerpunkte

- · Mietrecht
- Familienrecht
- Sozialhilferecht

Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • Fon 0251-518595 • Fax 0251-40729

Den Vernetzungsgedanken im Alltag leben

# Wohin in Kinderhaus?

Kinderhaus. Früher ein Dorf vor den Toren der Stadt, heute schlicht ein eingemeindeter Stadtteil von Münster wie Coerde oder Hiltrup. Doch Kinderhaus hat seine Eigenheiten, wie Kinder sie bekanntlich haben. Mehr als ein Drittel der Menschen, die hier wohnen, sind Kinder und Jugendliche. Das ist eine der Besonderheiten von Kinderhaus.

iese aktuelle Tatsache hat allerdings nicht dem Stadtteil den Namen gegeben. Der rührt woanders her, aus der Geschichte. Im Mittelalter, als die ansteckende Krankheit Lepra auch in Münster grassierte, wurden die Erkrankten kurzerhand vor die Tore der Stadt verfrachtet, um Ansteckungen zu verhindern. Wegen deren Krankheit nannten die Münsteraner sie 'Sekekinder' ('seke' = 'siech' = 'krank'). Für diese Kranken baute man dort Häuser - wohl eher einfache Hütten. So entstand Kinderhaus.

Die Bewohner von Kinderhaus haben heute andere Probleme, mit denen sie konfrontiert sind: Arbeitslosigkeit oder Abhängigkeit von Sozialhilfe. Dieser Menschen nehmen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener sozialer Einrich-

auch ein Stück weit im Alltag leben". Das bedeutet, den hier wohnenden Menschen Hilfen anzubieten, ihr Leben lebenswert zu gestalten und zu erhalten. Und das umfassend: von kulturellen Angeboten, Gesprächskreisen, Veranstaltungen aller Art bis hin zur Beratung Arbeitsloser oder behinderter Mitbürger.

Thomas Kollmann, im Begegnungstentrum verantwortlich für die Bereiche Kommunikation, Selbsthilfe und Integration, nennt die Schwerpunkte der jeweiligen Einrichtungen: Im Kintin und -Pädagogin ist seit sechs Jahren Koordinatorin für Behindertenfragen bei der Stadt.

Im Begegnungszentrum geht es um "integrative Stadtteilarbeit", wie Thomas Kollmann sagt. Ein Blick auf die Bevölkerungsstruktur von Kinderhaus verdeutlicht diesen Fachterminus. Die Hälfte der Bewohner in der Nordwest-Schleife, wie das Wohngebiet rund um den Sprickmannplatz auch genannt wird, sind Rußlanddeutsche, ein Viertel sind Ausländer, und das verbleibende Viertel sind Einheimische. Und:

Zweiundvierzig Nationen sind hier vertreten. Kollmann nennt Zahlen: "In der Großwohnsiedlung Nordwest-Schleife leben circa viertausend Menschen. Das macht immerhin ein Viertel des ganzen Stadtteils aus." Es ist somit das größte verdichtete Sozialwohnungsgebiet in Münster. Die Menschen wohnen hier überwiegend in bis zu zehnstöckigen Hochhäusern aus den siebziger Jahren. Der Stadtteil Kinderhaus zählt insgesamt gut 16.000 Menschen.

ekmannplatz ist ir junge Leute en Länder.

Foto: König

Der Jugendsalon am Sprickmannplatz ist ein beliebter Treffpunkt für junge Leute aus aller Damen und Herren Länder.

tungen an: zum Beispiel im Begegnungszentrum Sprickmannstraße (Sprickmannstraße 7) und in der Kinderhauser Arbeitslosen-Initiative (KAI) in der Josef-Beckmann-Straße 5. Lore Schirz, Mitarbeiterin des Begegnungszentrums, sagt: "Der Stadtteil Kinderhaus zeichnet sich dadurch aus, daß alle sozialen Einrichtungen hier eng zusammenarbeiten." Sie arbeiten miteinander im Verbund. Lore Schirz nennt das "den Vernetzungsgedanken

derhauser Bürgerhaus: Kultur und Freizeit; im Begegnungszentrum Sprickmannstraße: Soziales und Kommunikation; und bei KAI: Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und deren Angehörigen. Die Grenzen der Zuständigkeiten sind fließend: So steht in der Bezirksverwaltung Nord der Stadt Münster seit April dieses Jahres Doris Rüter allen Behinderten mit Rat und Tat zur Seite (siehe Kasten auf Seite 9). Die gelernte Diplom-Verwaltungswir-

Die Fluktuation im Wohngbiet ist nach Beobachtungen von Lore Schirz hoch. Und: "Wir haben einen erheblichen Wohnungs-Leerstand", erklärt sie ergänzend. Von 1.050 Sozialwohnungen stehen etwa zehn Prozent leer. Der Grund hierfür, sagt Thomas Kollmann, sei der sich entspannende Wohnungsmarkt in Münster; in Coerde und Gievenbeck seien viele neue Sozialwohnungen enstanden. Auch der

bauliche Zustand spielt eine Rolle. In den Hochhäusern sind vielfach veraltete Heizungssysteme. 630 Wohneinheiten - das sind knapp zwei Drittel der Sozialwohnungen in Kinderhaus - sind im Eigentum der Wohnungsgesellschaft Münsterland. "Eine Wohnungsgesellschaft hat inzwischen

wunderbar renoviert und auch viel investiert", erklärt Lore Schirz vom Begegnungszentrum Sprickmannstraße. Es gebe jedoch auch Wohnungsgesellschaften. die zur Zeit gar nicht so investitionsfreundlich gestimmt seien. Gut fünfzehn Jahre nach der städtebaulichen Nachbesserung wäre es wünschenswert, so Kollmann, dieses Wohngebiet "mit Hilfe der Verwaltung und der Politik wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken". Gemeint ist, für ein Renovierungsprogramm auf Bundesebene seitens der Stadt bereit zu sein. Teilweise sind die Häuser mehr als 25 Jahre alt.

Wer sind die Menschen, die in den Sozialwohnungen der Hochhäuser leben? Lore Schirz: "Knapp 31 Prozent sind Sozialhilfeempfänger - nachweislich!" Die Kinderhauser,

die einen Job haben, üben querbeet Berufe als Arbeiter, Angestellte oder auch Akademiker aus. Vielleicht ein Spezifikum: Viele Menschen aus dem Nahbereich der Nordwest-Schleife haben einen 325-Euro-Job.

Die Kinderhauser Bevölkerung sieht sich selbst als international und interkulturell. Das drückt sich im Internationalen Kulturzentrum ATRIUM aus. Das Kürzel steht für 'Arbeitsgemeinschaft Türkisch-Russisch-Deutsches-Internationales Unabhängiges Miteinander'. Das Projekt startet in diesem

Sommer. Es ist ein Beschäftigungsprojekt in den Bereichen Kultur und Kommunikation, bei dem fünf Arbeitsplätze entstehen sollen. Ein Projektteam mit Arbeitslosen aus Kinderhaus hat erreicht, daß dafür 600.000 Euro Finanzmittel bereitgestellt wurden. Achtzig Prozent davon werden für den Um-

Alles andere als ,seke':
Kinder in Kinderhaus.

Giugy : Oto

bau und die Einrichtung einer ehemaligen Gaststätte verwendet.

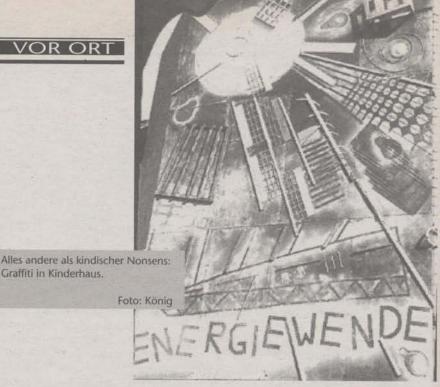
Wichtiger Ort der Integration ist der "Jugendsalon". Hier treffen sich jugendliche Aussiedler, Ausländer und Einheimische. Das Geld für die diversen Aktivitäten - wie Sprachkurse für Ausländer und Eingliederungskurse steht dem Trägerverein auch aus einer privaten Stiftung zur Verfügung. Hier kann also das finanziert werden, wofür sonst aus der normalen Förderung der Öffentlichen Hand nicht genug Mittel fließen.

Bemerkenswert ist, daß viele Kinderhauser Familien, die weggezogen sind, irgendwann wieder in ihren Kiez zurückkehren, wohl "wegen der guten kommunikativ-sozialen Quartiers-Situation", wie man im Begegnungszentrum Sprickmannstraße feststellt.

"Es ist nicht die klassische Arbeitslosenberatung, die ich hier mache", sagt Angela Vrbanec, sondern es ist soziale Beratung für Menschen ohne Arbeit." Vrbanec ist Beraterin bei der Kinderhauser Arbeitslosen-Initiative (KAI), die in zwei zusammenhängenden Wohnungen in der Josef-Beckmann-Straße 5 untergebracht ist. Und Angela Vrbanec erläutert, was sie unter sozialer Beratung versteht: "Wir sehen den arbeitslosen Menschen ganzheitlich als Individuum." KAI ist als gemeinnütziger Verein unabhängig und christlich orientiert. Der Vorläufer der heutigen KAI ist die ,Kirchliche Arbeitslosen-Initiative' der St.-Josefs-Gemeinde. "Im Caritas-Ausschuß ist die Idee entstanden", erinnert sich Angela Vrbanec: "Wir haben seit jeher eine Option für die Armen, und wir kümmern uns um Men-

schen ohne Arbeit!" Sie selbst ist von Anfang an dabei.

Neben der an erster Stelle stehenden Beratung und Begleitung Arbeitsloser gibt es bei KAI seit über fünf Jahren ein Sprachkurs-Angebot. "Wir müssen die Sprachkurse dort anbieten, wo die Menschen wohnen, wo sie ihre sozialen Bezüge haben und andere Menschen treffen, die sie ansprechen können," erklärt Vrbanec. Sechsmonatige Sprachkurse reichen allerdings ihrer Ansicht nach allein nicht für eine erfolgreiche Integration der Menschen aus.



Und sie muß es wissen, denn sie hat es in ihren Beratungsstunden überwiegend mit Migranten zu tun. Sie selbst spricht kroatisch und kann daher auch einiges in russisch verstehen: "Ich habe nach und nach gelernt, Leu-

te, die nur sehr wenig deutsch sprechen, irgendwie zu verstehen." Sie verläßt sich da ganz

auf ihr Sprachgefühl und auf ihren Respekt vor dem Anderssein der ausländischen Menschen.

Im vergangenen Jahr liefen bei der KAI vier Deutsch-Sprachkurse mit sechzig TeilnehmerInnen. Mit Hilfe des ,Verständigungsfonds 2000' werden hier - wie zum Beispiel auch in Coerde, Angelmodde, Berg Fidel oder am Meckmannweg - Sprachkurse angeboten, und zwar in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt, der Kirchengemeinde und anderen Trägern.

Die größte Gruppe der Ratsuchenden sind hier in der KAI Migranten aus der ehemaligen UDSSR, gefolgt von Irakern, Türken, Afghanen und Roma. Insgesamt zählte Angela Vrbanec im Jahr 2001 127 Migranten und 45 Deutsche zu ihrer Klientel. Angela Vrbanec erzählt einen konkreten Fall: "Eine Frau aus dem Irak war in Thüringen und wollte unbedingt nach Münster. Der Ehemann war noch im Irak im Gefängnis. Die Frau ist allein nach Münster gezogen und hat hier eine Arbeit aufgenommen. Sozialhilfe konnte und wollte sie nicht in Anspruch nehmen. Sie hat von ihrem geringen Lohn und dem Kindergeld gelebt - unter Sozialhilfe-Niveau." Erst als der Mann nach Deutschland flüchtete und nach Münster in die Wohnung der Familie zog, erhielt er als Familienoberhaupt für die ganze Familie Sozialhilfe, da er als Flüchtling dem Bundesland Nordrhein-Westfalen zugewiesen worden war. "So machen das viele iraki-

> sche Familien", weiß Angela Vrbanec.

Die Spannweite der Beratungsgespräche ist weit: "Formulare auszufüllen ist genauso mein Job wie Gespräche über Eheprobleme zu führen", merkt Vrbanec an. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Vermittlung von Arbeitslosen in eine feste Beschäftigung, ohne sich jedoch als Vermittlungsagentur zu fühlen. Sie könn-

te durchaus als private Arbeitsvermittlerin nach dem neuen Job-AQTIV-Gesetz (die

Sprache als Hindernis:

Ohne Deutsch kein Job.

SPERRE berichtete) auftreten, lehnt dies aber kategorisch ab, weil es ihrem ganzheitlichen Arbeitsansatz vollkommen zuwiderliefe.

Wichtig sind ihr auch die KAI-Angebote, im Bewerbungstraining fiktive Bewerbungsgespräche zu führen und Bewerbungsschreiben zu verfassen. Schließlich geht es darum, eine adäquate Stelle für den Arbeitsuchenden zu finden. Das ist allerdings nicht immer ganz einfach. Viele Qualifikationen, die ein Ausländer vorweisen kann, gelten hier in Deutschland nicht, werden nicht anerkannt. Ein Beispiel: Wer einen Schweißer-Schein vorweisen kann, den er in seiner Heimat erworben hat, ist noch lange nicht berechtigt, auch hier bei uns den Beruf als Schweißer auszuüben. Angela

Vrbanec: "Da wird in dessen Heimatland vielleicht linksherum geschweißt und hier rechtsherum."

Ein weiteres Angebot von KAI ist das in Kooperation mit dem Arbeitsamt und der Stadt Münster durchgeführte Projekt , ZORA - Zukunft planen, Orientierung finden, Risiko eingehen, Arbeit aufnehmen'. Das ist ein einjähriger berufsvorbereitender Lehrgang für junge Frauen und Mütter, die die Schule besucht und noch keine Ausbildung haben, jedoch gerne eine Ausbildung oder Arbeit aufnehmen wollen.

Die KAI-Mitarbeiterinnen gehören nicht zu denen, die sich mit dem Erreichten zufriedengeben. Sie reagieren

> flexibel auf die jeweiligen Bedürfnisse der arbeitslosen Menschen vor Ort und starten

immer wieder neue Integrationsprojekte. So wird demnächst ein Alphabetisierungskurs an den Start gehen. Und die Einrichtung eines Computerraumes, den die Besucherinnen und Besucher für sich nutzen können, ist praktisch in trockenen Tüchern.

#### Kontakt:

Begegnungszentrum Sprickmannstraße Sprickmannstraße 7

Fon: 0251 / 21 69 58

Fax: 0251 / 89 98 496

KAI

Vermittlung in Arbeit: Ja.

Private Vermittlungsagentur: Nein!

Josef-Beckmann-Straße 5 Fon: 0251 / 26 36 89 Fax: 0251 / 26 52 96 07

Mail: KAI-Muenster@t-online.de

## Neu in Kinderhaus: Sprechstunde für behinderte Menschen "Nur vom Reden wird's nicht besser!"

Gibt es in Kinderhaus mehr behinderte Menschen als anderswo? Diese Frage wird Doris Rüter des öfteren gestellt. Die Gefragte antwortet, es gebe keine statistischen Erhebungen über die Anzahl der behinderten Bürgerinnen und Bürger in den einzelnen Stadtteilen Münsters. Für viele Anliegen der Behinderten seien solche Statistiken auch unerheblich. Nicht die zahlenmäßige Erfassung sei ausschlaggebend, sondern die Tatsache der Behinderung an sich und die daraus resultierenden Probleme. Wichtig sei, so Doris Rüter, zu beachten, was Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen brauchen: Rampen, Aufzüge, blindengerechte 'tönende' Ampeln, Gebärden-Dolmetscher für Gehörlose.

Am 18. April dieses Jahres öffnete Doris Rüter erstmals

ihre Tür zum Besprechungszimmer 113 im ersten Stock in der Bezirksverwaltung Nord der Stadt Münster: Sprechstunde für Behinderte. Der Rollstuhlfahrer muß mit einer Fahrstuhlkabine vorliebnehmen. die gerade mal ihn mit Rollstuhl sowie eine Begleitperson faßt. Doris Rüter ist seit 1996 Koordinatorin für Behindertenfragen der Stadt Münster und gelernte Diplom-Verwaltungswirtin und -Pädagogin, also eine Frau, vom Fach'. "Zu meinen Aufgaben gehören Information und Beratung behinderter Menschen", erklärt sie. Es gebe zwar in Münster eine Menge Beratungsstellen, doch deren Angebote seien zumeist kaum bekannt. Wohl auch deswegen läutet das Telefon auf Doris Rüters Schreibtisch häufig. "Die Menschen rufen wegen unterschiedlicher Anliegen an", erläutert sie. Mal gehe es um einen Schwerbehinderten-Ausweis oder auch darum, "für Opa einen Schein für

einen Behindertenparkplatz zu bekommen". Mal erkundigt sich jemand, ob ein Bordstein nicht abgesenkt werden könnte; mal wird kritisiert, daß die Tür zu einer Behindertentoilette zu schwer zu öffnen ist. "Dann gehe ich auch mal vor Ort", sagt Doris Rüter.

Apropos Bordsteine: Doris Rüter ist entschieden der Meinung, daß man die Bordsteine nicht nur dort absenken muß, wo Rollstuhlfahrer wohnen. "Das hielte ich für den falschen Ansatz. Denn wenn der Rollstuhlfahrer woanders hin will, ist er natürlich auf dem gesamten Weg auf abgesenkte Bordsteine angewiesen." Der Bordstein ist ohne Frage für einen Rollstuhlfahrer ein großes Hindernis. Doch aus dem Rollstuhlweg zu räumen, weil eben absenkbar. Sich als Behinderter jedoch im Behördendschungel zurechtzufinden, dazu braucht es fachkundige Hilfe. Und hier erhält er sie von kompetenter Seite. Doris Rüter weiß, was zu tun ist. Ihr Motto lautet: "Nur vom Reden wird's auch nicht besser!" Sie nimmt Anregungen oder Beschwerden an und leitet sie an die entsprechenden zuständigen Stellen weiter.

Die Beratungsstelle in der Bezirksverwaltung Nord hat ihren Ursprung in einer Initiative des Bürgerforums "Kinderhaus im Gespräch", die sich Ende vergangenen Jahres mit dem Thema "Leben mit Behinderungen" auseinandersetzte. Das zeigte Wirkung. Kurz darauf wurde von allen Parteien der Stadt beschlossen, in Kinderhaus eine Beratungsstelle für behinderte Menschen einzurichten. Bislang noch die einzige in Münster. Die Sprechstunde ist als Projekt angelegt, das zunächst bis 2003 läuft. "Danach", so Doris Rüter, "werden die Erfahrungen mit dieser Einrichtung ausgewertet nach der Devise: Was haben alle Beteiligten aus diesem Projekt lernen können? Was ist noch zu verbessern?" Die Resultate fließen dann ein in ein Konzept, nach dem vergleichbare Einrichtungen auch in anderen Stadtteilen Münsters eingerichtet werden könnten.

Doris Rüter,
Koordinatorin
für Behindertenfragen der
Stadt Münster.

Foto: König

Auf einem Informationsabend am 23. Mai entstand eine Idee: Behinderte Menschen hatten nämlich kritisiert, bei den Planungen im Stadtteil nicht beteiligt gewesen zu sein. Sie wollen ihre Interessenvertretung jetzt selbst in die Hand nehmen. Auch etwas Schriftliches, Handfestes bringt Doris Rüter in ihre Sprechstunden mit: eine Broschüre 'Informationen für Behinderte', die von einer Auflistung der Wohnheime in Münster bis zum Verzeichnis behindertengerechter Toiletten in der münsterschen Innenstadt zahllose Informationen bereithält. Neu ist auch der Beratungs-Wegweiser. Er nennt alle Beratungsstellen und gibt einen Überblick über alle vorhandenen Informations-Broschüren.

Am Kinderhauser Bröderichweg sind Sonderschulen für das überregionale Einzugsgebiet eingerich-

tet. So zum Beispiel die 'Papst-Johannes-Schule' für geistig Behinderte. Darüber hinaus Schulen für körper- und sehbehinderte Jugendliche. Als Wohnheime für Behinderte stehen die Dauvenmühle 'Wohnnest' und das 'Gut Kinderhaus' für Kurzzeit-Unterbringungen, aber auch für feste Heimplätze zur Verfügung.

Die nächsten Sprechstunden für behinderte Bürgerinnen und Bürger in der Bezirksverwaltung Nord finden immer

donnerstags von 16 bis 18 Uhr

statt, und zwar jeweils am:

Juni, 18. Juli, 22. August, 12. September,
 Oktober, 7. November und 12. Dezember 2002.

Ansprechpartnerin:
Doris Rüter, Tel.: 492-5027, Fax: 492-7901
Mail: RueterD@stadt-muenster.de.

Die systemkritische Zeitung

wird dreißig Jahre alt.

# Trau einer über dreißig!

Wie ging doch gleich der Refrain von dem Lied, das wir in Gorleben, Wackersdorf und anderswo so oft, so laut und so falsch gesungen haben? "Unter dem Pflaster liegt der Strand - komm, reiß auch du ein paar Steine aus dem Sand"? So ungefähr jedenfalls. Mag sein, das ist eine Weile her. Mag sein auch, daß das

damals gruppendynamisch geflügelte Gefühlsduselei war. Mag sein. Trotz alledem: Die tiefere Wahrheit, die hinter diesen schlichten Versen steckt, hat im Zeitalter der globalisierten Machtkartelle und der individualisierten Ohnmachtsperspektiven nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil! Das wissen natürlich auch die Macher der graswurzelrevolution, einer antiautoritären, pazifistischen Monatszeitung, die seit nunmehr dreißig Jahren wider den Stachel der veröffentlichten Meinung löckt. Kein Wunder: Das Gras ist schließlich eine verdammt widerstandsfähige Pflanze. Und Graswurzeln finden immer ihre Nische. Am liebsten zwischen Pflastersteinen ...

ernd Drücke, hauptamtlicher Hintergründe und Perspektiven der graswurzel-Bewegung. "Danach", erinnert er sich, "erzählte mir ein siebzehnjähriger Zuhörer, daß er mein Buch gelesen und so erfahren hatte, daß sein eigener Vater damals bei der 'Direkten Aktion' mitgemacht hat." Damals, das war Mitte der sechziger Jahre. Die 'Direkte Aktion' mit ihren ,libertär-pazifistischen Blättern' war der unmittelbare Vorläufer der graswurzelrevolution. Und seinen Vater hatlangen Zeitraum unser basisdemokratisches und gewaltfreies Projekt schon funktioniert." Die rasanten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen taten der Kontinuität des graswurzel-Projektes keinerlei Abbruch. Wolfgang Zucht zum Beispiel, ehemals Herausgeber der 'Direkten Aktion', ist noch heute im Herausgeberkreis der graswurzelrevolution aktiv. "Unser Friedensund Umweltprojekt", so Drücke, "ist mit den Generationen gewachsen.

Und umgekehrt." Von siebzehn bis siebenundsiebzig sind alle Altersgruppen in der Projektar-

beit präsent.

Die erste Augabe der graswurzelrevolution erschien - inspiriert durch vergleichbare Anti-Atomkraft- und Anti-Kriegsbewegungen in England, Frankreich und den USA - im Som-

graswurzel-Redakteur Bernd Drücke: "Wir rufen die Menschen dazu auf, sich außerparlamentarisch für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft zu engagieren." Foto: Weist

,Koordinationsredakteur' der deutschlandweit in einer Auflage von jeweils 3.500 bis 6.000 Exemplaren erscheinenden graswurzelrevolution, hat eine Menge zu tun. Wer sein kleines, helles Büro im Dachgeschoß der Evangelischen Studierenden-Gemeinde (ESG) am Breul 43 betritt, begreift das sofort: Bücher, Papiere, Manuskripte, wohin das Auge blickt. Regale, die sich unter ihrer lesenswerten Last biegen; Kartons, die vor purem, zu bedrucktem Papier gewordenen Wissen nur so überquellen; beängstigend hohe Zeitschriftenstapel in akrobatischer Schieflage. "Nur keine Bange", lacht Drücke, "hier ist noch nie jemandem etwas auf den Kopf gefallen!" Auf den Kopf gefallen ist auch Bernd Drücke nicht. Er ist Soziologe und Doktor der Philosophie. Seine 1997 verfaßte Dissertation beschäftigt sich mit dem Thema ,Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland'. Sie wird von Kritikern als "Meilenstein der deutschen Anarchismusforschung" gewürdigt und ist inzwischen auch als Buch erhältlich (,Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht?', Verlag Klemm &

Unlängst war Drücke in Hannover und hielt dort einen Vortrag über die

Oelschläger, 1998).

te sich der Siebzehnjährige kurzerhand gegriffen und in Drückes Vortrag mitgeschleppt. "Das war schon ein tolles Aha-Erlebnis", schmunzelt der, "und es hat mich nochmal mit der Nase darauf gestoßen, über was für einen

mer 1972. Die Ziele der Bewegung kann man schwarz auf weiß in ihrer Satzung nachlesen, die in jeder graswurzel-Ausgabe abgedruckt ist: "Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes oder ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen ihrer Behinderung, aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorurteile diskriminiert und benachteiligt werden. Wir streben an, daß Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden." Machen sich da nicht - angesichts der weltweit eskalierenden zwischen- wie innerstaatlichen Kriege und angesichts der normativen Kraft faktischer Globalisierungszwänge - Desillusionierung und Resignation bei den graswurzel-Aktivisten breit? "Nein", antwortet Bernd Drükke fest: "Wir sind uns bewußt, daß wir mit unseren Idealen einer gewaltfreien und herrschaftslosen Gesellschaft einen sehr langen und steinigen Weg eingeschlagen haben. Und auf langen, steinigen Wegen darf man vor allem eines nicht: sich entmutigen lassen!"

Die graswurzelrevolution versteht sich als Sprachrohr für Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition und für soziale oder ökologische Interessen, die sonst kaum eine Chance haben, sich Gehör zu verschaffen. "Während des Jugoslawienkrieges beispielsweise haben wir in unserer Zeitung eine antimilitaristische Frauenorganisation aus Jugoslawien, deren Mitglieder dort unter großem Druck standen, mit ihren Forderungen nach einem sofortigen und bedingungslosen Friedensschluß zu Wort kommen lassen", erzählt Bernd Drükke. Ein anderes Beispiel ist die alle drei Monate in deutscher und türkischer Sprache als Beilage der graswurzelrevolution erscheinende, Otkökü', die neben sozialen und ökologischen Mißständen in Deutschland und der Welt eben auch die verquere Menschenrechtssituation in der Türkei aufs Korn nimmt. Prompt wurde die erste ,Otkökü'-Lieferung vom türkischen Sicherheitsdienst beschlagnahmt. Drücke weiß um die Gefahren für Leib und Leben, denen Regimegegner in der Türkei und anderswo ausgesetzt sind: "Unser türkischer Redakteur saß dort wegen Kriegsdienstverweigerung zwei Jahre im Knast. Um ihn nicht weiter zu gefährden, versenden wir die ,Otkökü' in die Türkei derzeit nur noch an Abonnenten."

Bernd Drücke weiß aber auch um die ökonomischen Risiken, die die graswurzelrevolution selbst mit ihrer systemkritischen Berichterstattung tagtäglich eingeht: "Unser Anzeigenaufkommen ist eher spärlich. Und während des Jugoslawienkrieges trudelten uns gerade von den Grünen, die ja bekanntlich für die Kriegsbeteiligung Deutschlands waren und sind, zahlreiche Abo-Kündigungen ins Haus." Umso mehr ist man auf ehrenamtliches Engagement, auf Abonnenten und natürlich auf Spenden angewiesen. Finanzielle Engpässe sind etwas, womit die graswurzelrevolutionäre im Laufe vieler magerer Jahre zu leben gelernt haben. Für Bernd Drücke jedoch kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken: "Die graswurzelrevolution wird dreißig Jahre alt, und das werden wir im Juni mit einem Kongreß und einem großen Fest ordentlich feiern!" Da gab es doch mal so ein Lied: "Jetzt wollen wir feiern, sieben Tage lang" ...



· Vorträge

u.a.

- Die neue Bundeswehr und der "Krieg gegen den Terror"
- Anarchismus und Feminismus
- ,Demokratische Propaganda': Wie in westlichen Demokratien Kriege vorbereitet werden.
- Diskussionen
- Workshops
- Konzerte

u. a.

- Petrograd
- Pit Budde (Ex-Cochise)
- Kabarett
- Büchertische
- · Filme
- · Lesungen

und und und ...

Netz: www.graswurzel.net
Mail: redaktion@graswurzel.net
Fon: 0251 - 482 90-57
Fax: 482 90-32

Spenden:
Sparkasse Münster
Bernd Drücke
GWR Kongress
Kto.: 134 029 909
BLZ: 400 501 50

#### ALLES, WAS RECHTIST

#### Zum Spielraum der Sozialhilfe bei der Arbeitsförderung

Beginnt ein sozialhilfeberechtigter junger Erwachsener aus eigenem Antrieb eine Ausbildung in einem speziellen Programm der Jugendberufshilfe, das ausdrücklich für seine, mit besonderen Schwierigkeiten konfrontierte Zielgruppe entwickelt worden ist, so setzt er damit seinen Anspruch auf Sozialhilfe aufs Spiel. Es besteht keine besondere Härte, wenn das Sozialamt ihm ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt verweigert, selbst wenn er deshalb die Ausbildung abbrechen muß.

OVG Hamburg, 4 Bs 93/01 vom 30.4.01 nach info also 02/02

#### Einmalige Leistungen für Kindergartenbedarf

Für die zusätzliche Beschaffung einer Brottasche sowie von Gummistiefeln und Hausschuhen, die im Kindergarten bleiben müssen, ist eine einmalige Leistung zu gewähren. Wegen der Doppelbeschaffung ist der Bedarf nicht in der Bekleidungspauschale enthalten.

VG Hannover, 9 A 3140/01 vom 13.09.01 nach info also 02/02

#### Kein Arbeitslosengeld wegen Urlaubsabgeltung

Kann der Arbeitnehmer zum Ende seiner Beschäftigung den ihm aktuell noch zustehenden Urlaub nicht mehr nehmen, dann hat er zumindest einen Anspruch auf Urlaubsabgeltung. Das Arbeitsamt beginnt erst nach der Zeit des nicht genommenen, aber abgegoltenen Urlaubs mit dem Zahlen von Arbeitslosengeld. Hat der Arbeitnehmer jedoch eine Entschädigung für einen Urlaub ausgehandelt, der im Vorjahr und auch in der Übertragungsfrisf nicht genommen werden konnte, dann ist diese Zahlung keine Urlaubsabgeltung. Sie begründet damit auch kein Ruhen des Arbeitslosengeldes.

BSG, B 7 AL 62/00 R vom 21.6.01, nach info also 02/02

#### Krankengeld begründet Arbeitslosengeld

Wer Krankengeld bezieht und vorher beitragspflichtig beschäftigt war beziehungsweise eine Lohnersatzleistung vom Arbeitsamt bezogen hatte, für den zahlt die Krankenversicherung Beiträge an die Arbeitslosenversicherung. Daraus kann ein neuer Arbeitslosengeldanspruch entstehen. Auch wenn dem Arbeitslosen im Nachhinein rückwirkend eine Erwerbsunfähigkeitsrente zugesprochen wird, die nicht beitragspflichtig ist, fällt die Versicherungspflicht nicht rückwirkend weg. Also kann auch in diesem Fall ein neuer Arbeitslosengeldanspruch entstanden sein.

BSG, B 7 AL 66/00 R vom 21.6.01, nach info also 02/02

#### ■ Verfügbarkeit nach Umzug

Wer umzieht, muß die neue Adresse am Umzugstag beim Arbeitsamt gemeldet haben. Auch ein Nachsendeantrag reicht nicht, selbst wenn das Arbeitsamt dies in verschiedenen Fällen beim Umzug in der direkten Umgebung gestattet hatte. Wer sich nicht rechtzeitig umgemeldet hat, gilt als nicht zeitnah erreichbar und hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. BSG, B 11 AL 17/01 R vom 9.8.01, nach info also 02/02

#### Zeitlicher Umfang einer Nebentätigkeit

Eine Tätigkeit ist eine Nebentätigkeit, wenn sie wöchentlich unter 15 Stunden bleibt. Dann bleiben die Arbeitslosigkeit und auch der Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten. Unklarheiten können daraus entstehen, daß bei wechselndem Stundenumfang an den einzelnen Wochentagen auf je sieben aufeinanderfolgende Tage jeweils unterschiedliche Wochenstundenzahlen zusammenkommen. Bei der Frage der Versicherungsfreiheit wird die Kalenderwoche zugrundegelegt. Aus rechtspraktischen Gründen ist deshalb auch bei Nebenjobs von Arbeitslosen als Woche generell die Kalenderwoche zu verstehen.

Sozialgericht Dresden, S 3 AL 216/99 vom 1.6.01 nach info also 02/02

#### Kein Betrug beim Verschweigen des Umzuges

Ein Sozialhilfebezieher ist verpflichtet, einen Umzug dem bisher zuständigen Sozialamt mitzuteilen. Tut er es nicht, dann begeht er trotz dieser Pflichtverletzung keinen Betrug gegenüber dem Sozialamt, wenn die Sozialhilfebedürftigkeit bestehen bleibt.

> BayObLG, 5 St RR 140/2001 vom 13.6.2001 nach info also 02/02

#### Das neue Kaufrecht, Teil 4 von Rechtsanwalt Paul Demel

Garantien

Eindeutiger geregelt sind seit dem 1.1.2002 auch Garantien. Das Gesetz (§ 477 BGB) verlangt seitdem;

- 1. Die Garantie muß einfach zu verstehen sein,
- 2. sie muß Sie auf Ihre gesetzlichen Mängelrechte hinweisen und darf diese Rechte nicht verkürzen,
- Namen und Anschrift des Garantiegebers sowie die Dauer und die r\u00e4umliche Geltung der Garantie sind anzugeben,
- 4. jedenfalls auf Ihr Verlangen hin muß die Garantie schriftlich oder in Textform erklärt werden.

Ausdrücklich vom Gesetz geregelt ist neuerdings auch die "Haltbarkeitsgarantie" (§ 443 BGB). Damit steht der Verkäufer nicht nur dafür gerade, daß die Ware bei der Übergabe an Sie okay ist, sondern auch dafür, daß die Kaufsache über eine bestimmte Zeit 'hält', also in dieser Zeit auch keinen Defekt haben wird. Haben Sie zum Beispiel eine Mikrowelle mit einer Haltbarkeitsgarantie von zwei Jahren gekauft und funktioniert die Temperaturregelung nach 18 Monaten nicht mehr, können Sie vom Händler Neulieferung oder Reparatur verlangen. Der kann dann nicht mehr einfach sagen, er habe Ihnen die Mikrowelle mängelfrei geliefert und außerdem seien seit der Lieferung schon sechs Monate rum - also müßten Sie beweisen, daß der Mangel an der Mikrowelle selbst liege und nicht am falschen Gebrauch. Bei einer Haltbarkeitsgarantie wird nämlich für die gesamte Dauer der Garantie vermutet, daß es sich um einen Mangel der Mikrowelle selbst handelt. Nur wenn der Verkäufer einen Gegenbeweis erbringt - also zum Beispiel, daß Sie den Defekt durch 'Rumbasteln' an der Temperaturregelung selbst herbeigeführt haben - bleibt der Schaden Ihre eigene Angelegenheit.

#### **BANWALTTIP**

# Max und Moritz oder die Moritat von der Arbeitslosenhilfe

ax hatte nach dem Studium als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni gearbeitet, um gleichzeitig seine Dissertation zu schreiben. Aus der Promotion wurde nichts, und seine mehrjährige Tätigkeit an der Universität stellte sich bei späteren Bewerbungen eher als Hinderungsgrund dar: Mit seinen 35 Jahren sei er ja schon etwas älter. "Gut, daß ich da gespart habe", dachte sich Max mit Blick auf sein Bankkonto, daß immerhin etwa 34.000 Mark aufwies. Nachdem sein Arbeitslosengeldanspruch erschöpft war, beantragte er am Dezember 2001 Arbeitslosenhilfe und erfuhr, daß seine Sparsamkeit sich jetzt nachteilig auswirkte. Da er ein Vermögen von über 8.000 Mark hatte, erhielt er mangels Bedürftigkeit für eine Dauer von gut sechs Monaten keine Arbeitslosenhilfe. Seinem Institutskollegen Moritz erging es da besser: Er hatte zwar einen Bausparvertrag im Wert von 200.000 Mark, wollte sich allerdings von dem Geld in Kürze eine Eigentumswohnung kaufen. Deshalb blieb das Geld unberücksichtigt. Sein Sparbuch lag mit einem Guthaben von 7.000 Mark unterhalb der Anrechnungsgrenze.

Max überlegt also Ende des Jahres, seine Lebenshaltungskosten erst einmal dadurch zu senken, daß er sich in den Wintermonaten nach Portugal zurückzieht, um sich dort für drei Monate eine Stelle zu suchen. Gedacht, getan. Nach einem Anfang 2002 geführten Telefonat mit seinem Freund vom Arbeitslosenzentrum bricht er seine Arbeitssuche ab, kehrt nach Münster zurück und beantragt Arbeitslosenhilfe. Max profitiert von der Neufassung der Arbeitslosenhilfeverordnung, die seit dem 1. Januar 2002 gilt. Anrechnungsfrei ist jetzt ein Betrag in Höhe von 520 Euro pro Lebensjahr. Die Ersparnisse von Max in Höhe von etwa 17.000 Euro bleiben jetzt also unberücksichtigt. Diese Regelung gilt für alle Arbeitslosen, die nicht bereits im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember

2001 einen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten - also auch für Max. Er setzt daher seine Jobsuche in Deutschland fort.

Und Moritz? Der erhielt noch nach der alten Regelung Arbeitslosenhilfe bis zum Ende seines Bewilligungszeitraumes. Danach allerdings könnte er ein Problem bekommen: Sein gesamtes Vermögen beträgt nämlich mehr als 520 Euro pro Lebensjahr. Der Bausparvertrag ist zuteilungsreif und damit verwertbar, und die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe sieht nicht mehr vor, daß das für die Anschaffung einer Eigentumswohnung bestimmte Vermögen bei der Leistungsbewilligung unberücksichtigt bleibt. Moritz sollte also zusehen, daß er sich möglichst schnell eine Eigentumswohnung kauft und dort tatsächlich auch einzieht.

Besonderes Augenmerk wird zukünftig darauf zu richten sein, ob die Verwertung von Vermögen zumutbar ist. Zumutbar ist die Verwertung immer dann nicht, wenn sie offensichtlich unwirtschaftlich wäre. Bei Lebensversicherungen beispielsweise hielt es das Sozialgericht Nordrhein-Westfalen für zweifelhaft, ob ihre Verwertung durch Rückkauf wegen der dabei in Kauf zu nehmenden hohen Verluste nicht bereits unwirtschaftlich ist (Az.: L 1 Ar - 7/96).

Einen generellen Ausnahmetatbestand, nach dem die Verwertung von Vermögen nicht erwartet werden kann, gibt es künftig nicht. Gestützt auf diesen Tatbestand hatte etwa das Landessozialgericht Berlin (Urteil vom 7.9.2001, Az.: L 4 AL 180/00) einem Arbeitslosen Arbeitslosenhilfe zugesprochen, der ein kleines Grundstück in Eigenarbeit mit einer Gartenlaube bebaut hatte. Das inzwischen zu Bauland gewordene Grundstück sah er als seine Alterssicherung an. Seine Freude über dieses Urteil wird jetzt nur noch bis zum Ende seines Bewilligungszeitraumes andauern. Danach wird ihm die Arbeitslosenhilfe gestrichen werden.





Sozialagenturen bieten den Sozialhilfeempfängern ,Hilfen aus einer Hand'.

# Hilfe ist mehr als Sozialhilfe.

Die Sozialhilfe wird modernisiert. SPERRE-Lesern ist das nicht neu. Schließlich berichteten wir bereits über das in Münster laufende Versuchsmodell, die Sozialhilfe ausgewählter Personengruppen zu pauschalieren, und über das Ende letzten Jahres neu eröffnete Kundenzentrum des Sozialamtes. Und jetzt gibt es schon wieder Neuigkeiten: Am 1. April nahm die landesweit erste von einem freien Träger eingerichtete Sozialagentur im cuba ihre Arbeit auf. Und ab dem 1. Juli wird auch im münsterschen Sozialamt eine solche Agentur ihre Pforten für die Hilfesuchenden öffnen. "Hilfen aus einer Hand" sind hier angesagt.

ie Vorgaben des nordrheinwestfälischen Ministeriums für Arbeit und Soziales, Ouglifikation und Technologie (MASOT) für das NRW-Pilotprojekt sind klar: weg vom bislang das Verhältnis zwischen Amt und Ratsuchendem meist dominierenden hoheitlichen Verwaltungshandeln, weg von überholten Kategorien der Über- und Unterordnung; hin zu. einer gemeinsamen, partnerschaftlichen Suche nach gangbaren Wegen aus den vielfältigen persönlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die hilfebdürftigen Menschen oftmals alleine nicht mehr in den Griff bekommen. Das oberste Gebot für die Arbeit der Sozialagenturen lautet: "Für Personen in prekären Lebenssituationen wird eine Hilfe, aus einer Hand' organisiert, die ein paßgenaues Angebot zur Überwindung der Notlage darstellt und den betroffenen Menschen hilft, wieder auf ,eigenen Beinen zu stehen'. Auf den Einzelfall bezogene Beratungen über alle mit prekären materiellen Lebenslagen zusammenhängende Probleme. gemeinsame Lösungsversuche mit den Ratsuchenden, Entwicklung von mittelund langfristigen Perspektiven der Existenzsicherung beziehungsweise Verselbständigung gemeinsam mit den betroffenen Personen und Vermittlung und Koordination geeigneter Hilfeangebote einschließlich materieller Hilfen sind dabei wesentliche Elemente der Arbeit der Sozialagentur." So steht es schwarz auf weiß im MASQT-Konzept.

Norbert Attermeyer, hauptamtlicher Berater in der *cuba*-Sozialagentur,

,übersetzt': "Ein Problem kommt ja bekanntlich selten allein: Diejenigen, die unsere Sozialagentur aufsuchen, schleppen oft einen ganzen Rucksack voller Schwierigkeiten und Sorgen mit sich rum." Worum es in den ersten Beratungsgesprächen also gehe, sei zunächst eine Bestandsaufnahme der allgemeinen persönlichen Situation des hilfesuchenden Gesprächspartners. Dann erst könne - Schritt für Schritt und unter Berücksichtigung der individuellen Disposition des Ratsuchenden - gemeinsam nach Wegen aus der persönlichen Krise gesucht werden. "Auf gleicher Augenhöhe!", wie Attermeyer betont. "Dabei", vertieft Monika Kolodzey, Mitarbeiterin des sic-Sozialbüros im cuba, "geht es eben nicht nur um Fragen der Sozialhilfegewährung, sondern um sämtliche Aspekte, die mit der Lebenssituation des Ratsuchenden zu tun haben und mit den Chancen, diese nachhaltig zu verbessern." Fragen der Schuldenregulierung gehören ebenso dazu wie Hilfestellungen bei der Suche nach einer geeigneten und erschwinglichen Wohnung; Partnerschaftsprobleme können eine Rolle spielen oder auch die psychosoziale Begleitung der Menschen beim Drogenausstieg.

Über die Gemengelage individueller Probleme, mit denen die Hilfesuchenden nicht selten konfrontiert sind, macht sich auch Beate Scholz, für die Sozialagenturen zuständige Abteilungsleiterin im münsterschen Sozialamt, so ihre Gedanken: "Irgendwo hat doch jeder seine Belastungsgrenze.

Und wenn den Menschen die Probleme über den Kopf wachsen, flüchten sie sich allzu oft in Apathie": Briefe, die auch nur irgendwie nach Amt oder Rechnung aussehen, wandern ungeöffnet in den Abfall. Gespräche finden nicht mehr statt. Die Wohnungstür wird zur schier unüberwindlichen Barriere. Statt nach vorne flüchten nicht wenige in die Scheinwelten des Alkohols oder anderer Drogen. Die Abwärtsspirale dreht sich. Immer schneller.

"Um es so weit gar nicht erst kommen zu lassen", so Beate Scholz, "bieten wir den betroffenen Menschen in unseren Sozialagenturen umfassende Hilfestellungen an." ,Case-Management' (die SPERRE übersetzt: Einzelfallberatung und -begleitung) heißt das neue Zauberwort. Scholz erläutert: "Case-Manager sind im Grunde nichts anderes als Lotsen, die den Ratsuchenden auf den verschlungenen Pfaden unseres Sozialleistungssystems begleiten und ihm, mit Blick auf seine individuelle Situation, paßgenaue Hilfen erschließen. Anders als früher, wo in der Sachbearbeitung des Sozialamtes Fragen der Leistungsgewährung im Vordergrund standen, setzen wir mit dem Case-Management ganz auf die alle persönlichen Aspekte einschließende Einzelfallhilfe, die Hilfe aus einer Hand eben." Das tägliche Brot der Case-Manager wird es daher sein, sich ein genaues Bild über die vielfältigen sozialen Angebote in kommunaler oder freier Regie zu verschaffen und sich - im Interesse einer schnellen und



Für Norbert Attermeyer (links), Berater in der *cuba*-Sozialagentur, steht immer der Ratsuchende im Vordergrund: "Eine vertrauensvolle Atmosphäre ist das A und O jedes auf nachhaltige Erfolge zielenden Beratungsgespräches!"

Foto: Weist

unbürokratischen Vermittlung des Hilfesuchenden in ein auf ihn zugeschnittenes Angebot - mit den verschiedenen Trägern zu vernetzen.

Im Case-Management geht es nicht nur um die umfassende Beratung der Kunden, sondern eben auch um die begleitende Koordination der vereinbarten Maßnahmen und eine kontinuierliche Erfolgskontrolle. Ein solch anspruchsvolles Konzept setzt eine intensive Vorbereitung und Qualifizierung der sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den münsterschen Sozialagenturen als Case-Manager tätig sind, ebenso voraus wie eine an den Gesprächskapazitäten orientierte Steuerung der Beratungsbedarfe. "Unsere Sachbearbeiter", so Beate Scholz vom münsterschen Sozialamt, "betreuen jeweils 138 Leistungsempfänger. Die Case-Manager kümmern sich demgegenüber nur um je siebzig Kunden." Zudem habe man die Klientel der Sozialagenturen zunächst auf alleinstehende arbeitslose Sozialhilfeempfänger zwischen 18 und 55 Jahren und auf Alleinerziehende mit Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren be-

grenzt. Zusätzlich zu den Sach- und Fortbildungskosten, die das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt, hat die Stadt Münster übrigens eine Million Euro für Qualifizierungsund Personalkosten zum Projekt ,Sozialagentur' beigesteuert. "Natürlich verspricht sich die Stadt davon. daß sich diese Investitionen in absehbarer Zeit nämlich dann, wenn der eine oder andere Ratsuchende in Arbeit vermittelt werden konnte - amortisieren werden", weiß Scholz. Offen bleibt allerdings, was für Stellen das denn angesichts des dramatischen Arbeitsplatzmangels überhaupt sein könnten. Und spätestens, wenn Minister Schartau in seinen Pressemitteilungen zur Einrichtung der Sozialagenturen hartnäckig das fiskalische Ziel der Kostensenkung in den Vordergrund seiner Überlegungen stellt, wird das Kummer gewöhnte Wahlvolk wieder mal mit der Nase auf den ungebrochenen schwarz-gelb-rotgrünen Trend des real existierenden Sozialabbaus gestoßen.

Womit wir bei den Fragezeichen wären, die ewig unzufriedene Nörgler hinter das schöne Wort "Sozialagentur" zu setzen geneigt sind. Da ist zum einen das sogenannte "Beratungsdilemma": Wenn nämlich die vielbeschworene "eine Hand" für den Hilfesuchenden "Zuckerbrot und Peitsche" zugleich bereithält - sprich: Hilfen bei der Bewältigung persönlicher Probleme einerseits und die Androhung von Leistungskürzungen bei "mangelnder Kooperationsbereitschaft" andererseits -,

dann kann ein Beratungsklima, das von der gewünschten Atmosphäre vertrauensvoller Zusammenarbeit getragen ist, nur schwerlich entstehen. Hierzu Sozialamts-Mitarbeiterin Beate Scholz: "Wir sind uns darüber im Klaren, daß unser neues Konzept nur im Einvernehmen zwischen Case-Manager und Ratsuchendem funktionieren kann. Wenn sich allerdings jemand kategorisch der Zusammenarbeit verweigert, dann muß er auch damit rechnen, daß wir im Zweifel Leistungen kürzen werden. Beispielsweise die Mietzuschüsse in dem Fall, daß jemand partout nicht bereit ist, sich eine kostengünstigere Wohnung zu suchen, wenn die bisherige unangemessen teuer ist."

Und dann stellen sich interessierte Beobachter der politischen Szene ja auch immer wieder die leidige Frage nach der von der Regierung anvisierten sogenannten ,Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe', sprich: der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe (die SPERRE berichtete). Ist nicht auch die Einrichtung der Sozialagenturen ein Schritt in diese Richtung? "Die Sozialagenturen", so Beate Scholz, "sind natürlich nicht vom politischen Himmel gefallen. In einigen Jahren werden wir sicherlich neue Sozialleistungsgesetze und -strukturen haben. Und dahin fährt der Zug eben auch über die Schiene ,Sozialagentur'."

Die Beratung in der cuba-Sozialagentur ist kostenlos, freiwillia und vertraulich.

## Sozialagentu im cuba

Beratung für arbeitslose Sozialhilfeberechtigte Ort: Achtermannstr. 10 - 12 (cuba), 1. Stock

Beratungstermine: Dienstag und Donnerstag von 9.00 bis 11.00 Uhr und nach Vereinbarung

Fon: 0251 - 51 88 80 Fax: 0251 - 51 85 43

#### Insolvenzverfahren bei der UWZ-Schnelldruck GmbH

# Wie soll es weitergehen, wenn's nicht weitergeht? von Heidi Frautschi

Das Münsterland ist, was die Wirtschaftslage im allgemeinen und damit eben auch die Beschäftigungssituation im besonderen angeht, schon längst keine Insel der Seligen mehr. Nachdem im Jahr 2001 beim Amtsgericht Münster 451 Insolvenzen anhängig waren, meldeten allein in den Monaten Januar bis April 2002 rund 300 Unternehmen - meist Klein- oder Mittelbetriebe - Konkurs an. Traurig, aber wahr. Und von einer besonders traurigen Geschichte berichtet hier eine ehemalige UWZ-Mitarbeiterin aus erster Hand.

ndreas Kühne starb Ende Dezember 2001 im Alter von nur 46 Jahren an einer seltenen Form von Magenkrebs. Von der Ausbildung her Chemiker, kam er über die Arbeit im "Umweltzentrum" zur "Schwarzen Kunst" - dem Druckgewerbe. Innerhalb von zehn Jahren schaffte er es, ein Unternehmen aufzubauen, das zuletzt 13 Beschäftigte "ernährte".

Die Ernährung war mehr schlecht als recht, denn vor die Ausbeutung stellt Göttin nun mal die Selbstausbeutung. Kühne zahlte sich selbst als Geschäftsführer nicht viel und noch weniger seinen Angestellten. Wir waren weit entfernt vom Tariflohn, bekamen zu der UWZ-Schnelldruck GmbH. Die Banken ließen nicht mehr - wie sonst üblich - den Kreditrahmen überziehen, den Lohn für Dezember 2001 bekawelche Zahlungsschwierigkeiten auch eine sonst gut gestellte Familie kommt, wenn für drei Monate das Einkommen ausbleibt, aber alle festen Kosten wie



Bilder aus besseren
Tagen: Das UWZ-Team
(oben rechts)
Unten: UWZ-Chef
Andreas Kühne (hinten)
erläutert die Arbeit mit
der Druck-Software.

Fotos: UWZ Schnelldruck

wenig Urlaub, geschweige denn Urlaubsgeld, selten Weihnachtsgeld, keine Zulagen für Sonntags- oder Feiertagsarbeit. Und so weiter und so fort.

Mit dem Tod des Geschäftsführers begannen die Zahlungsschwierigkeiten men wir Ende Januar. Anfang Februar mußte - auch bedingt durch die konjunkturelle Flaute -Insolvenz angemeldet werden. Die Firma war zahlungsunfähig.

Für die Beschäftigten hieß das: Weiterarbeiten und kein Lohn! Für drei Monate rückwirkend, ab Eröffnung des Insolvenzverfahrens sind Beschäftigte zwar

durch das Insolvenzgeld (früher: Konkursausfallgeld) durch das Arbeitsamt abgesichert, aber eben rückwirkend. Konkret hieß das für uns: Bis Ende April hatten alle Beschäftigten keinerlei Einkommen aus 2002. Das muß man oder frau sich mal vorstellen, in Miete, Strom oder Telefon weiterlaufen und die hungrigen Mäuler der Lieben gestopft werden wollen.

Letzten Endes scheiterten an diesen Schwierigkeiten auch die Kollektiv-Verhandlungen der Belegschaft: "Ich hab' noch neun Euro auf dem Konto, da kann ich nicht wochenlang diskutieren!" Nach gescheiterten Übernahmeverhandlungen mit der Druckerei Buschmann erfolgte Mitte März 2002 die Betriebs-Stillegung und die Freistellung beziehungsweise Kündigung aller UWZ-Beschäftigten.

Einen neuen Job hat bis jetzt keineR. Man trifft sich beim Arbeitsamt, beim Bewerbungstraining oder im Existenzgründungs-Kurs, liest die SPERRE und kommt auf die Idee, selbst mal einen Artikel zu schreiben ... Der Arbeitslosentreff zieht um.

## Gemeinsam ... werden wir größer!

Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e. V. ist räumlich und personell gewachsen. Seit Anfang Juni hat die SPERRE mehr Platz für sich selbst und der Arbeitslosen-Treff neue vier Wände unter dem Dach des cuba.

m Keller der Achtermannstraße 7 wurde es uns nun doch zu eng. Für die SPERRE, unser Monatsmagazin für Arbeit und Soziales, sind seit dem vorigen Jahr drei Arbeitsplätze täglich besetzt. Die monatliche Produktion der Zeitung und die ständige Aktualisierung der Internet-Seite wird außerdem von mehreren ehrenamtlich Mitarbeitenden unterstützt (Layout, Artikel, Logistik). So blieb kaum noch Platz für die Verwaltung, die Öffentlichkeitsarbeit und vor allem natürlich für den Arbeitslosentreff des Vereins AbM e.V.. Dieses Problem ist nun gelöst. Am 3. Juni haben wir einen zusätzlichen Raum bezogen. Gleich gegenüber auf dem cuba-Gelände.

Künftig können uns also Erwerbs- und Arbeitslose, die mal ins Internet schauen oder per Computer eine Bewerbung schreiben wollen, die einen Münster-Paß brauchen (ja, den ,Vorläufigen' gibt es immer noch!) oder einfach ein Gespräch suchen, im cuba in der Achtermannstraße 10 (hinterer Gebäudeteil) besuchen. Hier sind wir zu den gewohnten Zeiten - von Montag bis Freitag, 10 bis 16 Uhr - für alle offen.

Und hier werden sich auch künftig alle Projekt- und Arbeitsgruppen treffen. Bereits in Planung sind regelmäßige Video-Abende (wieder mit sozialkritischen Spielfilmen wie im alten SPERRE-Kino), ein Treff für WiedereinsteigerInnen in das Berufsleben und eine Initiative zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe. Auch das monatliche Arbeitslosen-Frühstück wird ab Juli in der "neuen Filiale" stattfinden. Der genaue Termin wird zusammen mit allen weiteren aktuellen Infos bald in einem Faltblatt veröffentlicht.





Presse- und Informationsamt

#### Ganz Münster auf einen Klick

Infos und Service im Stadtnetz publikom

#### www.muenster.de

Münster-Portal: Stadt, Bürgernetz, Wirtschaft, Region

#### www.muenster.de/stadt

Service und Fakten aus der Stadtverwaltung

#### www.muenster.de/stadt/wohnungsamt

Online-Mietspiegel, Infos zum Wohngeld-Antrag

#### www.muenster.de/stadt/buecherei

Mit Online-Katalog und Online-Nutzerkonto

#### www.muenster.de/formulare

Wichtige Vordrucke, die meisten online ausfüllbar

#### www.muenster.de/stadt/presse

Täglich neu: Nachrichten aus dem Presseamt

#### www.muenster.de/stadt/skulpturen

Virtueller Rundgang zu zeitgenössischen Skulpturen



Der Fotokurs, den <mark>SPERRE-</mark> Mitarbeiter Volker <mark>Hehn im</mark> Arbeitslosen-Treff zur Zeit durchführt, macht allen Beteiligten großen Spaß.

Durch das Objektiv einer Kamera sieht die Welt doch irgendwie ganz anders aus ...

**Foto: Maria Hamers** 

Erster Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauenministerin Dr. Christine Bergmann vorgestellt.

## Jetzt steht es schwarz auf weiß: Frauen werden bei Beruf und Einkommen strukturell benachteiligt.

von Anne Neugebauer

Fünfzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik wurde erstmals ein Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern von der Bundesregierung in Auftrag gegeben. Ende April 2002 stellte Frauenministerin Bergmann die Ergebnisse der Öffentlichkeit vor. Die Diskriminierungen von Frauen im Erwerbs- und Familienleben, die seit Jahrzehnten angeprangert werden, sind nun schwarz auf weiß mit Daten, Fakten und Hintergründen zu belegen. Was Millionen von Frauen alltäglich erfahren, worunter sie leiden und daß sie oftmals auch noch belächelt werden, wenn sie geschlechtergerechte Änderungen verlangen, kann nun nicht länger geleugnet werden.

Dieser Bericht zeigt überdeutlich, daß familienpolitische Wahlversprechen, selbst wenn sie eingehalten werden sollten, nur ein Mosaikstein sind im gesamten System der Ungleichheit im Geschlechterverhältnis", erklärt die Bundesvorsitzende des DEUTSCHEN FRAUENRATES,

Inge von Bönninghausen. Obwohl Frauen von der Bildungsexpansion profitiert haben und Männern in nichts nachstehen, bleibt der Arbeitsmarkt weiterhin in sogenannte Frauen- und Männerberufe aufgeteilt. Auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat mit jetzt 43 Prozent erheblich zugenommen.

Trotzdem sind die Einkommensunterschiede zwischen

Männern und Frauen beträchtlich: Frauen verdienen im Westen ein Drittel weniger als Männer, im Osten sind es immerhin noch 6 Prozent. Nach der Ausbildung arbeiten Männer fast ausschließlich in Vollzeit

bis zur Rente. In Zahlen heißt das: 98,9 Prozent arbeiten durchschnittlich 37,9 Jahre lang. Nicht einmal 1 Prozent der männlichen Arbeitnehmer hat zwischendurch auch mal in Teilzeit gearbeitet. Ganz anders sehen die typischen Frauenerwerbsbiographien aus: 31,1 Prozent der Frauen sind in

tragsjahre für die Rentenversicherung. 1,7 Prozent aller Arbeitnehmerinnen gehen im Schnitt 21 Jahre in ihrem Leben einer Teilzeitarbeit nach. Unterbrochen werden ihre Erwerbsbiographien durch Babypausen und Teilzeitphasen für die Familienarbeit. Drei Viertel aller berufstätigen Frauen stei-

gen wegen Haushalt und Kindererziehung durchschnittlich 12,3 Jahre aus dem Beruf aus, aber nur 0,6 Prozent der Männer. und das im Schnitt für 2,5 Jahre.

Nun ist endlich auch nachzuweisen, daß die Tarifverträge eine erhebliche Rolle bei der ungleichen Bezahlung spielen. Vielfach wird typische Frauenarbeit anders als typische Männerarbeit bewertet. Kör-

perliche und psychische Belastungen, zum Beispiel in Pflegeberufen, tauchen in der Bewertung nicht auf. Putzen und Menschen betreuen, "das macht meine Frau zuhause nebenher", mußten sich die ötv-Frauen

Ausbildungsadäquanz	der	Erwerbstätigkeit 1995
	T	T D

Ausbildungsada	iquanz	der Erv	verbstatigkeit 199	5
	Männer	Frauen	Darunter: Frauen mit Fach- oder Hochschulabschluß	Gesamt
	Westde	utschlan	d	
ausbildungsadäquat beschäftigt	86,2	81,1	73,6	84,1
<ul> <li>inadäquat beschäftigt (leichte/mittlere Qualifikationsverluste)</li> </ul>	6,7	6,1	13,7	6,5
inadäquat beschäftigt     (hohe Qualifikationsverluste)	7,1	12,8	12,7	9,4
Insgesamt	100	100	100	100
	Ostde	tschland		
ausbildungsadäquat beschäftigt	80,6	69,7	63,0	75,7
<ul> <li>inadäquat beschäftigt (leichte/mittlere Qualifikationsverluste)</li> </ul>	8,5	13,0	28,6	10,5
inadäquat beschäftigt (hohe Qualifikationsverluste)	10,9	17,3	8,4	13,8
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: Kurzfassung des Berichts zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern www.boeckler.de/wsi

> ihrem Leben ausschließlich vollzeitbeschäftigt. Sie bringen es hier durchschnittlich auf 11,3 Jahre. 64 Prozent der erwerbstätigen Frauen wechseln zwischen Vollzeit und Teilzeit und schaffen dabei durchschnittlich 26 Bei

Anfang der 90iger-Jahre sagen lassen. Das wirkt sich bei der Bewertung der Erwerbsarbeit negativ aus und ordnet den Frauen nach wie vor die unbezahlte Familienarbeit zu. Nach wie vor gilt das Modell "Haupternährer und Zuverdienerin". Darauf sind auch die Sozialversicherungssysteme und das Steuersystem zugeschnitten, die die Eigenständigkeit der Frauen erheblich beeinträchtigen.

"Die indirekten und versteckten Benachteiligungen verstärken die Arbeitsteilung in der Familie, denn im Gesamtbudget läßt sich leichter auf den niedrigen Zuverdienst der Frau verzichten, wenn Kinder da sind. Kein Wunder, daß sich Väter dann als Haupternährer kaum in der Pflicht fühlen, die Familienarbeit zu teilen", sagt Inge von Bönninghausen, Vorsitzende des DEUTSCHEN FRAUENRATES.

Angesichts dieser Studie stellt Professorin Heide Pfarr, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung, klar: "Der Skandal ist sogar viel größer geworden!" Denn inzwischen sind zumindest die jungen Frauen sehr gut qualifiziert, schließen in Schule, Ausbildung und Studium mindestens so gut ab wie ihre männlichen Kollegen. Bloß zahlt sich das offensichtlich im Berufsleben nicht aus. "Das widerspricht nicht nur dem Ziel der Gleich-

berechtigung, damit werden auch Investitionen in Bildung und Beruf zum Fenster rausgeworfen", sagt sie weiter.

Die vehement geforderte ganztägige, qualifizierte Kinderbetreuung bis zum Ende der Schulpflicht kann da nur ein Baustein sein, wenn auch ein wichtiger. Das 'Ernährermodell' darf nicht länger gefördert werden. Das Ehegattensplitting muß umgehend gestrichen werden. Frauen müssen von privater Verantwortung für Familienarbeit und Pflege entlastet werden. Eigenständige Formen der sozialen Sicherung müssen für Frauen wie Männer gleich sein, denn die über den Ehemann abgeleiteten Formen benachteiligen Frauen. Arbeitgeber/innen wie Gewerkschaften müssen in der Tarifpolitik gleiche Bewertungskriterien entwikkeln und alle Maßstäbe zur Bewertung und Vergütung von Arbeit diskriminierungsfrei gestalten.

Für Juni 2002 lädt Ministerin Bergmann zur Konferenz: "Equal Pay – Modelle und Initiativen zur Entgeltgleichheit" nach Berlin. Im Zentrum werden Konzepte geschlechtsneutraler Arbeitsbewertung und deren Erprobung in der Praxis stehen. Darüber hinaus werden beispielhafte Initiativen zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit vorgestellt. Ob das dann alles war, wird sich zeigen.



#### Anrechnung des Kindergeldes als Einkommen

von Wilhelm Achelpöhler

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger haben von Kindergelderhöhungen meistens nichts, weil das Kindergeld auf das Einkommen angerechnet wird. Das Bundesverwaltungsgericht gab durch sein Urteil vom 21.06.2001 (AZ 5 C 7/00, NVwZ 2002, 690) jetzt einen guten Tip.

Bei der Berechnung der Sozialhilfe kann das Kindergeld entweder als Einkommen des Kindergeldempfängers oder als Einkommen der Kinder berücksichtigt werden. Beziehen Mutter und Kinder also Sozialhilfe, dann wird auf diese Art und Weise das Kindergeld vom Sozialhilfeanspruch abgezogen.

In dem vom Bundesverwaltungsgericht entschiedenen Fall lebte auch der Kindesvater mit Mutter und Kindern zusammen. Da er studierte, hatte er keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht hatte deshalb die Idee, das Kindergeld auf alle Haushaltsangehörige zu verteilen. Danach wäre ein Teil des Kindergeldes nicht auf die Sozialhilfe angerechnet worden. Dieser Weg wurde vom Bundesverwaltungsgericht in der zitierten Entscheidung verworfen. Die gesetzlichen Bestimmungen seien eindeutig. Das Kindergeld sei beim Elternteil beziehungsweise bei den minderjährigen und unverheirateten, im eigenen Haushalt lebenden Kindern anzurechnen. Eine Teilanrechnung beim Vater war also nicht möglich. Allerdings sagt das Bundesverwaltungsgericht auch, wie es die Betroffenen richtig hätten machen können:

Sie könnten nämlich den Vater nach § 64 Abs. 2 S. 2 Einkommenssteuergesetz, § 3 Abs. 2 S. 2 BKGG als Kindergeldberechtigten bestimmen. Dann fließt das Kindergeld nicht mehr Mutter und Kindern zu, sondern dem Vater. Das würde im geschilderten Fall zu keiner Anrechnung führen, da er ja keine Sozialhilfe bezieht.



Stadtwerke-Verkauf im Zeichen der

von Martin Kotulla (Attac Münster)

"Ruin im Rathaus" titelte jüngst die Financial Times Deutschland: "Deutsche Banken, Versicherungen und Industriekonzerne rechnen sich arm. Sie zahlen keine Gewerbesteuern mehr. Viele Städte stehen vor einem Fiasko." Und geraten unter enormen Verkaufsdruck. Nach und nach werden sie wohl ihr gesamtes "Tafelsilber" verscherbeln müssen. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen auch auf globaler Ebene.

ine Privatisierungswelle von bislang beispiellosem Ausmaß rollt auf uns zu: Wenn es nach dem Willen der Welthandelsorganisation (WTO) geht, kommt bald die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge unter den Hammer, und zwar weltweit. Ob Wasserwerke oder Verkehrsbetriebe, Schulen oder Universitäten, ob Rentenkassen oder Krankenhäuser, Arbeitsämter oder Gefängnisse - all diese Einrichtungen sollen in Kürze an die Privatwirtschaft verkauft werden! Die Weichen dafür stellt das internationale Handelsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services). Darin verpflichten sich die WTO-Mitgliedsländer (so auch Deutschland), ihre öffentlichen Sektoren für ausländische "Dienstleistungserbringer" zu öffnen und alle Beschränkungen abzubauen, die einen potentiellen Investor in seiner Geschäftstätigkeit stören könnten. Eine spätere Rücknahme der Marktöffnung ist hingegen fast unmöglich.

Die Privatisierungsbefürworter wollen einen 'schlanken Staat', der sich komplett aus seiner Verantwortung zurückzieht und das Feld der Privatwirtschaft überläßt. Einige Hardliner wollen gleich das ganze Gemeinwesen privatisieren und fordern, den Staat abzuschaffen und stattdessen die Gemeinschaftsaufgaben der Gesellschaft durch eine Aktiengesellschaft erledigen zu lassen. Ganz in diesem Sinne wollen einige Mitglieder des münsterschen Stadtrats unsere Stadt zum .Konzern' umbauen. Und die Stadtwerke sind nur der Anfang! Fieberhaft überlegen sie bereits: "Wieviel Staat muß sein, wie wenig Staat kann sein?" Auch Büchereien, Schwimmbäder, Kindergärten, Schulen, Beratungsstellen und andere Einrichtungen könnten bald auf der Verkaufsliste stehen.

Begünstigt wird diese Fehlentwicklung durch eine unsolidarische, konzernfreundliche Steuerpolitik: Viele Großunternehmen müssen trotz milliardenschwerer Betriebsgewinne kaum noch Steuern zahlen oder erhalten sogar noch Rückzahlungen vom Finanzamt! Die Energieriesen E.on und RWE etwa fordern für das Geschäftsjahr 2001 Steuergelder in dreistelliger Millionenhöhe zurück - trotz satter Gewinne von vier beziehungsweise zwei Milliarden Euro. Städte und Gemeinden werden indes unter massiven Verkaufsdruck gesetzt: Mit der letzten Steuerreform ist auch die Gewerbesteuer, die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen, dramatisch eingebrochen. Für Münster beträgt das Defizit in 2001

etwa 50 Millionen Euro - Tendenz steigend. Unter diesen Bedingungen wird der Verkauf kommunalen Eigentums zu einem Faß ohne Boden.

Auch wenn die Privatisierungsbefürworter heute noch hoch und heilig versprechen, nur 49 Prozent der Stadtwerke-Anteile verkaufen zu wollen, ist eine spätere Veräußerung weiterer Anteile keineswegs ausgeschlossen. Denn beim Bürgerentscheid am 16. Juni wird lediglich darüber abgestimmt, ob verkauft werden darf oder nicht; nicht aber, an wen, für welchen Preis und in welchem Umfang. Wenn sich also die Bürgerschaft gegen den Verbleib der Stadtwerke in kommunaler Hand aussprechen sollte, so wäre auch einer späteren Totalprivatisierung Tür und Tor geöffnet.

Die Privatisierungsbefürworter werden nicht müde, in kostspieligen PR-Kampagnen die angeblichen Vorzüge des geplanten Verkaufs zu beschwören. Den Bürgerinnen und Bürgern werden wahre Wunder versprochen: die Expansion in neue Absatzmärkte. volle Versorgungssicherheit für die Bevölkerung, niedrige Preise für die Kunden, sichere oder gar neue Arbeitsplätze, eine hohe Qualität der Leistungen und Produkte sowie großzügige Invewww.buergerbegehren-pro-stadtwerke

rke de Wir lassen uns nicht verkaufen!

stitionen in ökologische und technologische Innovationen. Und obendrein gebe es noch einen satten Verkaufserlös, der in den Ausbau der Schulen und in die Sanierung des maroden Stadthaushaltes fließen soll.

Doch die Zukunft unserer Stadt könnte auch ganz anders aussehen. Wie stichhaltig sind eigentlich die Behauptungen der Privatisierungsbefürworter?

- Behauptung: Nach dem Verkauf von Stadtwerke-Anteilen wird es keine Preissteigerungen geben, sondern Preissenkungen wie etwa im Telekommunikationssektor.
- · Entgegnung: Im Zwischenbericht der ,Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Globalisierung der Weltwirtschaft' berichten die Sachverständigen über Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung in Frankreich und England: "Die Preise sind zum Teil stärker als im öffentlich verbliebenen Bereich gestiegen".
- Behauptung: Die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung ist gewährleistet. Engpässe in der Energieversorgung gibt es, wenn überhaupt, sowieso nur in den ehemaligen Ostblockstäaten.
- Entgegnung: Versorgungsengpässe sind jedoch durchaus auch in westlichen Ländern zu beobachten: Ausgerechnet in den USA, dem angeblichen Musterland der freien Marktwirtschaft genauer gesagt in Kalifornien kam es Anfang 2001 zu erheblichen Problemen in der Energieversorgung.

- Behauptung: Wenn die Stadtwerke (teilweise) an einen "strategischen Partner" verkauft werden, sind die Arbeitsplätze der Bediensteten sicherer, als wenn man nicht privatisiert. Und vielleicht wird ja sogar in neue Arbeitsplätze investiert.
- Entgegnung: Die Privatisierungsbefürworter im Stadtrat haben zwar versprochen, daß es im Zusammenhang mit dem Teilverkauf keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde. Aber erstens ist die Arbeitsplatzgarantie auf wenige Jahre befristet. Und zweitens ist später sowieso kaum

Das Stadtwerke-Logo steht für die

Verbundenheit der Stadt mit ihren

Bürgerinnen und Bürgern.

Noch ...

- Entgegnung: Verschwiegen wird, warum die Kommunen eigentlich pleite sind. Während den Konzernen Steuergeschenke in schier unfaßbarer Höhe gemacht werden, bluten die Kommunen finanziell aus.
- Behauptung: Eine Zustimmung zu den Privatisierungsplänen verspricht den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Zukunft.
- Entgegnung: Im Gegenteil: Die Bürgerinnen und Bürger kaufen die Katze im Sack, da zur Zeit weder der Investor noch der genaue Kaufpreis noch die konkrete Kooperationsform feststehen. In vielen anderen Kommunen übrigens wurden die Stadtwerke leider schon komplett privatisiert.
  - Behauptung: Durch die verbleibende Anteilsmehrheit von 51 Prozent in den Händen der Stadt bleibt deren Entscheidungshoheit gewahrt. Der Investor kann den Stadtwerken keine Entscheidungen aufzwingen.

nachweisbar, welche Entlassungen privatisierungsbedingt sind und welche nicht. Die Beispiele *Post, Bahn* und *Telekom* belegen auf traurige Weise, daß Privatisierungen zu drastischem Stellenabbau führen, denn die ehemaligen Staatsbetriebe wollen nicht mehr nur kostendeckend,

sondern jetzt auch profitorientiert wirtschaften.

 Behauptung: Angesichts einer kommunalen Verschuldung in Höhe von einer halben Milliarde Euro muß die Stadt Münster den Verkaufserlös größtenteils in die Schuldentilgung stecken. • Entgegnung: Die Kartellbehörde betrachtet "die mit hohem Tempo fortschreitende Beteiligung an Regionalversorgern und Stadtwerken unverändert kritisch". Das gilt sogar für Fälle, in denen die Beteiligung unterhalb der kartellrechtlich relevanten Schwelle von 25 Prozent liegt.

Lassen Sie sich also nicht auf diese unverbindlichen Zusagen ein und stimmen Sie beim Bürgerentscheid am 16. Juni für den Erhalt der Stadtwerke in der Hand der Stadt Münster!

STADTWERKE MÜSSEN KOMMUNAL BLEIBEN!

#### Entschuldungs-Tips von CHANCE e.V.

# Sisyphosarbeit am Schuldenberg?

Wie werde ich bloß meine Schulden los? Vor dieser beklemmenden Frage steht manch einer, der aus der Haft entlassen wird und oftmals keine Wohnung, selten sofort eine Arbeit und auch situationsbedingt kaum soziale Kontakte hat. Schlüssige Antworten gibt der Leitfaden "Schulden … was tun!", den CHANCE e.V. jetzt herausgegeben hat.

Projekte zur Integration
Haftentlassener

rei Punkte vorweg merkt CHANCE-Berater Markus Reinermann in seinem Vorwort zum Leitfaden an: Erstens gibt es viele Wege, Schulden wieder loszuwerden. Zweitens: Niemand wird inhaftiert, weil er seine Schulden nicht bezahlen kann. Und drittens: Je früher sich der

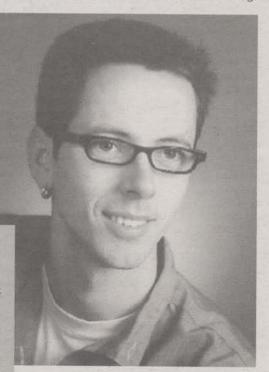
Schuldner um sein Schuldenproblem kümmert, desto besser sind die Aussichten auf eine Lösung.

In drei Kapiteln klärt der Leitfaden in allgemeinverständlicher Form darüber auf, was ein Schuldner in Haft und nach der Entlassung zu

Diplom-Sozialarbeiter und CHANCE-Berater Markus Reinermann weiß, daß der Weg in die Verschuldung meist unmerklich beginnt. Doch wenn sich dann die Schuldenspirale immer schneller dreht, muß guter Rat nicht teuer sein ...

Foto: CHANCE e.V.

beachten hat. Das erste Kapitel gibt dem inhaftierten Schuldner Hinweise, was als erstes zu erledigen ist, damit sein Eigentum und wichtige Unterlagen nicht verloren gehen oder die Familie gar durch seine Lage Nachteile erleidet. Die Fragen, wie das noch vorhandene Geld zur Regulierung der



Schulden eingesetzt werden kann und wie mit den Gläubigern umzugehen ist, werden beantwortet. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Zeit nach der Haftentlassung. Hier werden die Themen 'Rechte und Pflichten des Schuldners gegenüber den Gläubigern' behandelt. Im Schlußkapitel kommt das Wichtigste: Es zeigt und beschreibt Lösungswege, wie die Schuldenlast abgeworfen werden kann. Da werden die Fragen nach außergerichtlichen Regulierungsverfahren beantwortet und dargelegt, ob und wann ein Privatinsolvenzverfahren angestrebt werden sollte.

Schlußfrage des Leitfadens: Was, wenn ein Leben ohne Schulden nicht mehr erreichbar ist? Auch darauf weiß der Leitfaden eine sinnvolle Antwort: "Wenn die Schuldenlast erdrückend hoch und ... das Arbeitseinkommen voraussichtlich gering ist, kann das bedeuten, daß Sie Ihre Lebensumstände dieser Situation ... anpassen müssen." Dann gehe es darum, wie man dauerhaft mit den Schulden im Nakken doch weiterleben kann. In dem Falle sollten - so steht's im Leitfaden die Gläubiger darüber in Kenntnis gesetzt und darauf geachtet werden, daß ein gesetzlicher Pfändungsschutz für den Schuldner besteht.

Der Leitfaden "Schulden … was tun!" ist erhältlich bei:

CHANCE e.V.

Bohlweg 68 a, 48147 Münster

Tel.: 42 653 Fax: 42 654,

Mail: Chance-Muenster@t-online.de Preis: 1,50 Euro (für Betroffene ko-

stenlos).

#### Zum Thema: Rot/Grüne Arbeitsmarktpolitik

#### "Auf Augenwischerei fallen alle rein."

ie SPD-Politikerin Andrea Nahles führte in der letzten SPERRE aus, daß die unzureichende Qualifikation der Arbeitslosen eine schnelle Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt verhindere. Das hört sich zuerst ja durchaus einleuchtend an. Geht man jedoch ins Detail, sieht die Sache schon ganz anders aus. Es ist doch ernsthaft nicht abzustreiten, daß die überwiegende Zahl der Arbeitsplätze heutzutage nach kurzer Schulung von jedermann/frau auszuüben ist.

Zum Beispiel Deutsche Post: Früher brauchte man drei Jahre Ausbildung, um sich die nötige Kompetenz anzueignen; heute genügt ein fünftägiger Crash-Kurs für die selbständige Leitung einer Postagentur. Zum Beispiel Bäkkereifachverkäuferin: Was frau früher in zwei Jahren lernte, hat die Teilzeitkassiererin an der Tankstelle heute nach zwei Stunden Zusehen drauf.

Diese Liste ist beliebig erweiterbar. Natürlich ist die sogenannte Zertifizierung der Betriebe, die zur Zeit in Mode ist, reine Augenwischerei, die von den Innungen oder der Industrie- und Handelskammer inszeniert wird, um ihre Pfründe zu sichern. Und alle, alle fallen darauf rein ...

Apropos: Warum um alles in der Welt ist der ach so progressive, meiner Meinung nach überbezahlte Herr Gerster nicht auf die Idee gekommen, die Bundesanstalt für Arbeit zu der größten Zeitarbeitsfirma der Republik umzufunktionieren? Alle Voraussetzungen wären doch gegeben: ausreichend Arbeitnehmer aller Branchen, jeden Alters, an allen Orten der Republik! Angenehmer Nebeneffekt wäre zudem: Die Damen und Herren Politiker könnten nicht mehr den Stammtischen Vorlagen liefern wie: "Wer arbeiten will, findet auch Arbeit" oder "Ein Recht auf Faulheit gibt es nicht" …

Im Stellen-Informationssystem des Arbeitsamtes fand ich übrigens folgende Anzeige: "Kurier- und/oder Taxifahrer/in gesucht. Einstellung nur über Förderprogramm des Arbeitsamtes." Dreister geht es wohl nicht? Sehen die Verantwortlichen denn nicht, daß sie mit diesen "Modellen" nur skrupellosen Abstaubern Wettbewerbsvorteile verschaffen?

Wolfgang Leyer 48432 Rheine



### Zum Thema: Teilprivatisierung der Stadtwerke

#### "Jede Privatisierung kostet Arbeitsplätze!"

Soll die Stadt Münster alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke bleiben? Diese Frage sollte man unbedingt mit "Ja" beantworten. Um dies zu begründen, möchte ich ein paar Beispiele von Privatisierungen beschreiben.

Vor mehr als 25 Jahren nahm der grausame Diktator Pinochet in Chile eine umfassende Privatisierung vor. Nach seinem blutrünstigen Putsch gegen die vom Volk gewählte Regierung wurden Gas-, Wasser- und sogar die Gesundheitsversorgung privatisiert. Ergebnis: Das Volk lebt in Armut, ein menschenwürdiges Leben ist nur noch für die reiche Oberschicht möglich.

Im Januar 1999 wurde in Bolivien die Wasserversorgung privatisiert. Einziger Anbieter war nun ein riesiger Monopolist. Für die allermeisten der Bolivianer wurde das lebensnotwendige Naß unerschwinglich. Landesweite Proteste waren die Folge. Der Regierung wurde es zu heiß, und sie machte die Wasserprivatisierung rückgängig.

Auch hierzulande, in Potsdam nämlich, verhinderte man erfolgreich die Privatisierung der Wasserversorgung. Weil der Großkonzern 'Eurowasser' die Wasserpreise bis zum Jahr 2017 drastisch in die Höhe schnellen lassen wollte, zogen die Politiker von sich aus die Notbremse und kündigten den Kooperationsvertrag fristlos. So viel Weisheit ist von der münsterschen CDU wohl nicht zu erwarten.

Ein letztes Argument zum Schluß: Jede Privatisierung kostet Arbeitsplätze. Allein schon deshalb sollten beim Bürgerentscheid am 16. Juni alle mit "Ja" für den Verbleib der Stadtwerke in kommunaler Hand stimmen!

Ingo Giesen 48159 Münster

### Michael Topp Paul Demel Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster Telefon 0251/4140505 · Fax 0251/4140506



#### Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7 · 48143 Münster Tel. 51 11 21 · abm@muenster.de · Fax 4 79 14

Allg. Öffnungszeiten:

Mo.-Fr. 10.00-16.00

#### Termine:

Mo. WiedereinsteigerInnen-Treff 10.00 Uhr Treffen für Interessierte und freie MitarbeiterInnen 12.00 - 13.30

Di. Redaktionssitzung 13.00 - 15.00 Frühstücksrunde (1. Di. monatl.) 10.00 - 12.00

Offener Frauentreff 14.30 - 16.00

Weitere Termine nach Vereinbarung

HöRSTURZ Unser Radiotip

"W.A.S. - Wohnen, Arbeit, Soziales"

auf Radio Antenne Münster jeden 4. Donnerstag im Monat von 18.04 Uhr - 18.56 Uhr.

#### Wir suchen ehrenamtliche MitarbeiterInnen für

- Text
- Redaktion
- Fotografie
- Verteilung
- Zentrumsarbeit
- Anzeigenakquise

Meldet Euch bei: SPERRE Münsters Monatsmagazin für **Arbeit und Soziales** 

> Achtermannstr. 7 (gegenüber vom c.u.b.a.) 48 143 Münster

(r) 0251/511121



#### Sozialberatungen im cuba

Achtermannstr, 10-12 48143 Münster

Arbeitslosenberatung Offene Beratung ohne Voranmeldung Mo. u. Do.

15.00-17.00 Uhr Di. u. Do. 09.00-12.00 Uhr

Tel. 51 19 29

u. nach Vereinbarung

sic - Sozialhilfeberatung im cuba

Di. bis Fr. 09.00-12.00 Uhr Do. 15.00-17.00 Uhr

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende

Do. 9.00-12.00 Uhr u. nach Vereinbarung

Tel. 5 88 56

Tel. 5 88 56

Sozialhilfesorgentelefon Tel. 4 35 44

Mo. 15.00-17.00 Uhr

Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen.

nach Vereinbarung

Tel. 51 19 29

für Arbeitslose und Interessierte

 Austausch von Ansichten, Anregungen, Auswegen -

Jeden 2. Montag im Monat ab 20 Uhr

#### Kontakt:

Arbeitslose brauchen Medien e.V. Achtermannstraße 7 48143 Münster Tel. 0251/51 11 21

NEU Treff für arbeitslose Frauen NEU Erfahrungsaustausch

Jeden Mittwoch 14,30 Uhr-16.00 Uhr

#### Kontakt:

bitte telefonisch anmelden Tel. 02 51/51 11 21

im SPERRE-Keller gegenüber vom cuba.